

EU-Arbeitskräfte zweiter Klasse?

Schwedens Gewerkschaften sperren sich gegen Billiglöhne für lettische Bauarbeiter

AXEL REETZ

Estland, Lettland und Litauen sind am 1. Mai 2004 zwar der EU beigetreten, nicht jedoch dem Schengener Abkommen. Denn die westlichen EU-Staaten befürchten eine Zuwanderungswelle und Lohndumping. Da Firmen aus den Beitrittsländern dennoch bereits EU-weit aktiv werden dürfen, gab es mit einem handfesten Streit zwischen Schweden und Lettland im Herbst den ersten Präzedenzfall.

Das lettische Unternehmen „Laval und Partner“ gewann im schwedischen Vaxholm die Ausschreibung zum Umbau einer ehemaligen Kaserne in eine Schule und brachte 15 eigene Arbeiter gleich mit über die Ostsee. Deren monatlicher Verdienst sollte mit 13 700 Schwedenkronen (1531 Euro) deutlich unter dem Bruttolohn einheimischer

Bauarbeiter von ca. 24 000 Kronen (2682 Euro) liegen. In einem Land, wo Kollektivverträge dergleichen untersagen, brachte das die Baugewerkschaft Byggnads auf den Plan. Das Angebot der Letten, den landesüblichen Mindestlohn zu zahlen, lehnten die Schweden ab und forderten das für den Raum Stockholm übliche Salär – 145 statt 109 Kronen pro Stunde.

In Schweden dürfen Gewerkschaften, wie im vorliegenden Fall durch Byggnads geschehen, auf Verstöße gegen den Tarifvertrag mit einer Blockade reagieren. Am 22. Dezember lehnte das angerufene schwedische Arbeitsgericht die Klage von Laval und Partner ab. Daraufhin kündigten weitere Gewerkschaften die Unterstützung der Blockade an.

Zwei Rechtsprobleme stellen sich im konkreten Fall: Nach wel-

chem Tarif muss innerhalb der EU eine ausländische Firma ihre ebenfalls ausländischen Mitarbeiter bezahlen – und darf die inländische Gewerkschaft sich in diese Frage einmischen. Daraus resultiert zusätzlich die Frage, wer für den entstehenden wirtschaftlichen Schaden aufkommt.

Die schwedische Regierung stellt sich auf die Seite der Gewerkschaften, während der seit erst zwei Wochen amtierende lettische Ministerpräsident Aigars Kalvitis in Begleitung von Außenminister Artis Pabriks bei einem Treffen mit seinem Amtskollegen Göran Persson in Brüssel in der Angelegenheit keine politische Auseinandersetzung sah, sondern einen wirtschaftlichen Konflikt, der von den beteiligten Parteien zu lösen sei.

Fortsetzung auf Seite 4

Arbeitskampf

Fortsetzung von Seite 1

Während die schwedische Politik ihr Modell, in dem Arbeitsbedingungen im wesentlichen nicht gesetzlich, sondern tariflich geregelt werden, verteidigt und sogar von den regierenden Sozialdemokraten aus diesem Grund eine Sondersitzung des Parlaments einberufen wurde, sind sich Experten unsicher.

Darf die lokale Gewerkschaft ein ausländisches Unternehmen unter Druck setzen und darf eine höhere Bezahlung als dessen landesüblicher Mindestlohn verlangt werden? Auch die Zuständigkeit des schwedischen

Arbeitsgerichtes in diesem internationalen Streitfall wird angezweifelt.

Die Letten sind jedenfalls bereit, ein für sie negatives Urteil in der EU-Kommission zu diskutieren, während der schwedische Arbeitsminister Hans Karlsson sich sogar eines Sieges vor dem Europäischen Gerichtshof sicher glaubt. Mit einem Wort: Der Ausgang des Rechtsstreits ist auch nach dem Spruch des schwedischen Arbeitsgerichts offen und könnte zu grundlegenden Veränderungen nicht nur auf dem schwedischen Arbeitsmarkt führen.

Die Arbeiter selbst fürchten

einstweilen natürlich vor allem um ihren Job. Die Bürgermeisterin von Vaxholm hatte sich zunächst mit Kommentaren über den Konflikt zurückgehalten. Inzwischen fürchtet sie, dass der Rechtsstreit am Ende auch den schwedischen Steuerzahler teuer zu stehen kommen könnte.

Der Anwalt des lettischen Auftragnehmers betont, dass derzeit lediglich ein Ende der Blockade erwirkt werden soll. Die verursachten Verluste für seinen Mandanten von der schwedischen Gewerkschaft einzufordern, werde erst anschließend erörtert. Ein über Jahre andauernder Prozess könnte die Folge sein.